von ihrer Aenderung gesprochen wird, ist anzunehmen, daß man die Weimarer Verfassung nur in dem durch den Gang der Entwicklung erforderlich werdenden Umfang außer Kraft setzen und ihren bleibenden Um- und Neubau einer späteren Zeit überlassen will. Wirtschaftlich ist schließlich die Bestimmung von Bedeutung, daß die Reichsregierung auch für die Haushaltgestaltung und für die Finanzgebarung für die ganze Legislaturperiode Vollmacht erhält. Sie kann also ihren Vierjahresplan gegen die Arbeitslosigkeit mitsamt der Finanzierung aus eigener Verantwortung, ohne die Mitwirkung des Reichstages, durchführen.

Solche Freiheiten kann man natürlich nur einer Regierung gewähren, zu der man das Zutrauen hat, daß sie ihre Machtvollkommenheit nicht zu gefährlichen Experimenten mißbrauchen wird. Zwischen den nationalen Parteien ist das allerdings keine Frage mehr; hier herrscht dieses Vertrauen zur nationalen Regierung auf Grund ihrer Zusammensetzung und ihrer bisherigen Arbeit unbedingt. Aber man ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit immer noch versucht, an der Berechtigung des Optimismus zu zweifeln, mit der die Bereitwilligkeit des Zentrums zur Teilnahme an einem so weitgehenden Vertrauensbeweis in Rechnung gestellt wird. Seine Führer sollen sich sachlich im großen und ganzen einverstanden erklärt haben, bis auf einige Vorbehalte über die Frage der Absetzbarkeit der Richter, der Pensionsregelung für die Parteibuchbeamten und der Behandlung des Gewerkschaftsproblems, also Fragen, über die auch innerhalb der Regierungsfront noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt sein dürften. Der schwere Entschluß wird dem Zentrum freilich erleichtert werden durch die Ueberlegung, daß seine Weigerung nur die revolutionäre Entwicklung weitertreiben würde, die aufzuhalten und in gesetzliche Bahnen zu leiten nach der Behauptung der „Germania" alte Zentrumstradition ist. Außerdem wird die Erkenntnis mithelfen, daß sich das Zentrum nur auf diesem Wege wieder in den Gang der Dinge in Deutschland einschalten und Einfluß darauf ausüben kann, allerdings ohne irgendwelche politische oder parlamentarische „Macht" im alten Sinne zu besitzen. Und schließlich ist auch trotz aller Zentrumsablehnungen die Wirkung eines gewissen vom Vatikan ausgehenden Druckes nicht zu verkennen, der die noch kampflustigen Zentrumselemente zur Mäßigung und zur Versöhnung mit den herrschenden nationalen Gewalten anhält. In dieser stillen Auseinandersetzung mit dem katholischen Klerus hat der Reichskanzler am Tag von Potsdam einen starken persönlichen Erfolg errungen mit der Bekanntgabe der Gründe, warum er sich trotz seiner religiösen Einstellung vom katholischen Gottesdienst fernhalten mußte. Diese amtliche Stellungnahme gegen die Unduldsamkeit der katholischen Geistlichkeit gegenüber den Anhängern der nationalsozialistischen Bewegung — fast die Hälfte auch des katholischen Volksteils, die man wohl nicht gut exkommunizieren kann — zwingt die Kirche zu einer ebenso offenen Meinungsäußerung, und diese kann nach Lage der Dinge nur zu einem Waffenstillstand und darüber hinaus hoffentlich zur Aussöhnung führen.

Wenn also das Zentrum in der zwingenden Logik der politischen Entwicklung die notwendigen Stimmen zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes mit verfassungsändernder Mehrheit stellt, dann macht es mit dieser einen nationalen Tat viele, durch seine praktische Ausschaltung bereits gestrafte Sünden der Vergangenheit wieder gut. Die Arme der nationalen Führer sind weit ausgestreckt. Wer guten Willens ist, ist zur Mitarbeit willkommen. Wie man das Regime unter dem Ermächtigungsgesetz auch nennen mag: diktatorisch, faschistisch oder einfach national, ist uns gleichgültig. Wesentlich ist nur, daß das deutsche Volk auf diesem Weg gerettet wird.

Die Verbindungen des Reichstagsbrandstifters

Berlin, 22. März. Der mit der Aufklärung des Reichstagsbrandes befaßte Untersuchungsrichter des Reichsgerichts hat mit Rücksicht auf die in der Oeffentlichkeit verbreiteten falschen Nachrichten dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda folgende Mitteilung zur Veröffentlichung übergeben: **„Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß der als Brandstifter des Reichstagsgebäudes verhaftete holländische Kommunist van der Lübbe in der Zeit unmittelbar vor dem Brande nicht nur mit deutschen Kommunisten in Verbindung gestanden hat, sondern auch mit ausländischen Kommunisten, darunter solchen, die wegen des Attentats in der Kathedrale von Sofia im Jahre 1925 zum Tode bzw. schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden sind. Die in Frage stehenden Personen befinden sich in Haft. Dafür, daß nichtkommunistische Kreise mit dem Reichstagsbrande in Beziehung stehen, haben die Ermittlungen nicht den geringsten Anhalt ergeben."** gez. Vogt, Reichsgerichtsrat.

Der Reichskanzler Ehrenbürger von Bremen

Berlin, 22. März. Im Anschluß an ihren Empfang beim Reichspräsidenten machten der Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Bürgermeister Dr. Markert, und der bremische Vertreter beim Reich, Dr. Rudolf Firle, dem Reichskanzler ihren Besuch. Wie die bremische Vertretung beim Reich berichtet, teilte der Präsident des Senats dem Reichskanzler mit, daß Bremen beschlossen habe, ihm die Ehrenbürgerrechte zu verleihen.

Die Eröffnungsreden im Preußenlandtag

Berlin, 22. März. Der neue Preußische Landtag hielt am Mittwoch seine erste Sitzung ab.

Um 3,15 Uhr erschien

Alterspräsident Litzmann

in feierlichem Schwarz, auf der Brust das Eiserne Kreuz 1. Klasse, von der nationalsozialistischen Fraktion durch Erheben von den Plätzen und Armaufheben begrüßt.

Der Alterspräsident stellt fest, daß er mit 83 Jahren das älteste Mitglied des Landtages sei und somit die Sitzung eröffne. Er beruft zu vorläufigen Schriftführern zwei nationalsozialistische, einen deutschnationalen und einen Zentrumsabgeordneten. „Es ist eine besondere Ehre und Freude für mich", so erklärt der Alterspräsident in seiner Eröffnungsansprache, „noch einmal als Alterspräsident den Landtag eröffnen zu dürfen, gerade diesen Landtag, den ich den Landtag des Hitlerfrühlings nennen möchte. Wer sich über die Bedeutung dieses Frühlings noch nicht im klaren war, dem werden durch den unvergeßlichen gestrigen Tag in Potsdam und in der Krolloper die Augen aufgegangen sein, wenn er nicht geistig blind geboren ist oder sich weigert, sehen zu wollen. In der feierlichen Stimmung dieser Stunde ist es mir ein Herzensbedürfnis, auszusprechen, daß jeder ehrliche Preuße und Deutsche der Geschichtsfälschung entgegenwirken muß, als wenn unsere nationale Bewegung, der nationale Umschwung, irgendwelchen anderen Männern oder anderen Bewegungen zu danken wäre, als Adolf Hitler und seiner nationalsozialistischen Bewegung. Auch stelle ich fest, daß wir Nationalsozialisten keinen anderen Führer der deutschen Nation anerkennen, als unseren Führer Adolf Hitler. (Stürm. Beif. b. d. Natsoz.) In diesem Sinne eröffne ich den Landtag des Hitlerfrühlings. Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten."

Der Alterspräsident erteilt hierauf dem

Abg. Kube (Natsoz.)

das Wort zu folgenden Ausführungen: „Meine deutschen Volksgenossen, meine Damen, meine Herren! Am 22. März tritt dieser Landtag zusammen. Kein besserer Tag konnte dafür bestimmt werden als der Tag, an dem der letzte große Repräsentant auf dem Throne der Hohenzollern, Wilhelm I. von Preußen, seinem Volke geschenkt ward, jene ideale, schlichte und doch so große Persönlichkeit, die im Zusammenwirken mit den damaligen föderalistischen Kräften der Nation, mit Bismarck, Moltke und Roon das Bismarck-Reich schuf. Wir Nationalsozialisten ehren die große Geschichte unseres Volkes. Wir ehren sie nicht besser, als wenn wir darum der geschichtlichen Bedeutung des 22. März gedenken. Als Führer der nationalsozialistischen Fraktion dieses Hauses, die über die absolute Mehrheit in diesem Hause verfügt, habe ich die Pflicht, einen Präsidenten vorzuschlagen. Die nationalsozialistische Fraktion schlägt für den Posten des Präsidenten den Abg. Kerrl vor, der bereits im vergangenen Landtag durch das Vertrauen der nationalsozialistischen, der deutschnationalen Fraktion und der kleineren nationalen Gruppen, der Gruppen der Mitte, als Präsident gegen die Stimmen des Marxismus gewählt wurde. (Beifall rechts.)

Meine Volksgenossen! Ich benutze auch diesen Anlaß, um als Führer der nationalsozialistischen Fraktion dieses Hauses kurz auf

die Bedeutung des Umschwunges

in unserem deutschen Vaterlande und in Preußen hinzuweisen. Es war am 7. Dezember 1925, da wurde als erster und einziger Nationalsozialist der Abg. Haake in diesen Landtag gewählt. Er hat seinen Kampf damals als einziger von dem Platz 324 dieses Saales aus begonnen. Wenn man heute immer wieder an Ritterlichkeit und Anstand bei uns appelliert, dann möchte ich doch das eine nicht in Vergessenheit geraten lassen, wie man den Abg. Haake als einzigen Vertreter der Hitlerbewegung und wie man uns sechs nachher in diesem Hause on canaille behandelt hat. (Sehr wahr!) Man besaß die Schamlosigkeit, uns im Restaurant mit den beiden Polacken an einen Tisch setzen zu wollen. (Pfuirufe.) Man besaß weiter die Schamlosigkeit, einem Manne wie unserem schwerkriegsverletzten Kameraden Haake die Teilnahme an den Geschäftseinrichtungen des Hauses zu verweigern. Heute kommen nun solche Kreaturen und fordern von uns Gleichberechtigung und ritterliche Behandlung. Sie sollen so behandelt werden, wie sie es sich verdient haben. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) Aber das eine will ich an dieser Stelle sagen, wenn sie auch der nationalen Erhebung fremd gegenüberstehen, wir werden sie nie so weit entwürdigen, daß wir ihnen zumuten, mit Polacken und anderem Gelichter das Mahl einzunehmen. Sie bleiben für uns doch immer noch deutsche Volksgenossen.

Wir werden jedem Gelegenheit geben, hier mitzuarbeiten, wer den Umschwung anerkennt, wer in den Richtlinien Hitlers und seines Kabinetts mitarbeiten will.

Darüber hinaus werden wir der kommenden Regierung Preußens jedes Mittel zur Verfügung stellen, um die Pest des Marxismus endgültig aus dem deutschen Volke auszumerzen.

(Stürmischer Beifall.) Preußentum und nationaler Sozialismus sind verschiedene Ausdrücke für dieselbe staatliche Erscheinungsform. Mit besonderer Freude begrüße ich acht Vertreter des nationalsozialistischen Deutschösterreich, die in diesem Saale weilen. (Heilrufe!) Als Führer der nationalsozialistischen Politik in diesem Hause und im Auftrage Adolf Hitlers möchte ich gerade als Altpreuße aus dem viel verketzerten Ostelbien dem Ausdruck geben: Wir Preußen sind Großdeutsche und bleiben es und wir werden unser Ziel erst erreicht haben, wenn das ganze Deutschland einschließlich Deutschösterreich mit unserem Vaterlande in einem großen Staat verbunden ist, der dann der Weltmission der Deutschen dienen kann.

Ich glaube im Sinne einer sehr großen Mehrheit dieses Hauses sagen zu dürfen, daß das Volksurteil vom 5. und 12. März eine unbedingte Abkehr von den Methoden des 9. November 1918, von den Methoden von Weimar und von den Methoden der letzten 14 Jahre bedeutet! (Händeklatschen rechts und auf den Tribünen.) Das deutsche Volk, das uns und eine andere große Fraktion dieses Hauses gewählt hat, würde uns nicht begreifen, wenn wir nicht den 9. November 1918 mit Stumpf und Stiel aus jeder Lebensgestaltung der deutschen Nation ausschalteten.

Das deutsche Volk ist so liebenswürdig gewesen, Sie von der Linken soweit herauszufenstern, daß nun auch bei Anwesenheit der politischen Kinder Severings eine nationale Mehrheit vorhanden wäre.

Es ist für uns Preußen eine Selbstverständlichkeit, daß die bolschewistische Mordpest dieses Haus nicht mehr betritt! (Stürmischer Beifall.) Es würde der Bedeutung dieser Stunde nicht entsprechen, wenn man nicht gleichzeitig die schwere Anklage an die richtete, die in diesen 14 Jahren die politische Macht des Staates dazu benutzt haben, um das Freiheitssehnen der Nation mit allen Mitteln niederzuhalten. (Sehr wahr!) Ich darf wohl feststellen, daß in dem in breiter Front angelegten Kampf gegen uns an keiner Stelle schärfer gekämpft wurde als hier. Mein Führer hat gesagt, er sei nicht rachsüchtig. Das ist auch mir Befehl.

Wir werden anderen Fraktionen die Möglichkeit zur Mitarbeit geben.

Aber wenn nun der Nationalsozialismus mit der verbündeten deutschnationalen Fraktion im Reichstag und mit dieser Fraktion in diesem Hause das Präsidium und die Verwaltung dieses Hauses bildet, so ist damit kein Zugeständnis außerhalb der Regierungskoalition gegeben über die Maßnahmen, die staatlicherseits auch kulturellerseits hier im einzelnen zu treffen sind. (Lebhaftes Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Wir Nationalsozialisten sind uns unserer schweren Verantwortung und unserer schweren Aufgaben für die Zukunft bewußt.

Der Marxismus hat in Preußen am 5. März seine roten Fahnen eingerollt, ohne sie das letztemal siegreich eingebracht zu haben.

(Minutenlang anhaltendes Händeklatschen bei den Nationalsozialisten und auf den Tribünen.) In dem großen bevorstehenden Ringen wird Preußen seinen Mann stellen, und wir werden die deutsche Aufgabe zusammen mit Adolf Hitler und zusammen mit seinen Leuten auch von unserem Platz aus mitlösen helfen.

Der Führer der deutschnationalen Landtagsfraktion,

Abg. Dr. v. Winterfeld,

führt aus: Deutsche Frauen und Männer! Die Nationalsozialisten haben die absolute Mehrheit in diesem Hause erlangt. Wir Deutschnationalen stellen in diesem Augenblick jede parteipolitische Empfindlichkeit zurück und erklären, daß wir uns von Herzen freuen, daß der nationale Umschwung gelungen ist. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.) Wir wissen sehr wohl, welche Schäden uns der 9. November 1918 und die vierzehn Jahre seither gebracht haben. Und ich selbst habe oft genug erklärt, wie die falsche Außenpolitik, die Außenpolitik der Erfüllung und Unterwerfung und die falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik die Ursache unseres Elends geworden ist, und nicht etwa eine Weltkrise oder irgend etwas anderes.

Wir sind vertrauensvoll, daß nun, da der Umschwung gekommen ist und der Marxismus am Boden liegt, um sich nie mehr zu erheben, für Preußen-Deutschland die bessere Zeit kommt.

Wir wissen, daß das Nationale, das auch wir allem anderen voranstellen, unser Leitstern sein muß für die Zukunft.

Dabei wollen wir zusammen kämpfen für Freiheit, Recht und Größe unseres Vaterlandes. Und wenn wir heute zusammentreten am 22. März, dem Geburtstage unseres alten Heldenkaisers, dürfen wir wohl heute unserem alten Standpunkt gemäß auch sagen, **daß wir hoffen, daß einmal auch die Zeit wiederkommen wird, wo über Preußen-Deutschland die Hohenzollernkrone herrschen wird.** (Stürm. Beif. b. d. Deutschnatl.)

Als der Abg. Dr. von Winterfeld sich auf seinen Platz zurückbegibt, geht der Führer der Nationalsozialisten, Abg. Kube, auf ihn zu und drückt ihm die Hand.

Mit den Stimmen aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, wählt das Haus hierauf durch Zuruf den bisherigen Präsidenten, Abg. Kerrl (Natsoz.) zum Präsidenten auch des neuen Preußischen Landtages. Präsident Kerrl nimmt die Wahl an, und begibt sich sofort auf den Platz des Präsidenten. Als der Präsident, der die SA.-Uniform trägt, auf seinem Amtssitz erscheint, erheben sich die Nationalsozialisten von ihren Plätzen und grüßen ihn unter jubelnden Zurufen mit dem Hitler-Gruß.

Präsident Kerrl:

Indem ich, von der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses gewählt, mein Amt als Präsident übernehme, habe ich zunächst die angenehme Pflicht, unserem verehrungswürdigen Alterspräsidenten den Dank des Hauses auszusprechen. (Abg. Kube: Heil Litzmann! — Stürmische Heilrufe der Nationalsozialisten.) Es war für unseren verehrungswürdigen Alterspräsidenten, aber auch für uns alle, eine tiefinnerliche Freude, daß gerade er diesen Landtag eröffnen durfte, er, der drei Menschenalter sah, der auf den Schlachtfeldern für das erste Deutsche Reich gekämpft hat und im großen Weltkriege der Sieger von Brzezeny war. Diese Freude fühle aber auch ich in tiefstem Herzen, daß ich heute Präsident eines Hauses sein darf, von dem ich weiß, daß seine überwiegende Mehrheit sich bewußt ist dessen, was in den vergangenen Monaten in Deutschland vor sich gegangen ist:

Ausgebrochen ist der nationale Frühling,

die nationale Erhebung ist vor sich gegangen, die nationale Erhebung marschiert weiter, bis dereinst unter den neuen Flaggen das deutsche Volk nicht mehr in sich zerfallen ist in Klassen und Stände, sondern in sich einig geworden ist, bis es Nationalismus und Sozialismus in ihrer Synthese erkannt hat, und weiß, daß das Blut uns alle zusammengefügt hat und daß wir zu einer großen Gemeinschaft werden müssen, zu einem Sinn und Zweck:

Deutschland, das ganze Deutschland muß es sein!

Nicht ein Landtag des unnützen Redens wollen wir sein, sondern ein Landtag der Tat, und wir werden es sein! Soweit ich dazu beitragen kann, werde ich in meiner Geschäftsführung es tun! Ich stelle fest, daß der Landtag zusammengetreten ist. Wir haben davon abgesehen, einen Namensaufruf vorzunehmen, weil durch die Eintragung in die Listen festgestellt worden ist, daß der Landtag beschlußfähig ist.

Hierauf werden zum Ersten Vizepräsidenten der Abg. Haake (NSDAP.), zum Zweiten der Abg. Baumhoff (Zentr.) und zum Dritten der Abg. von Kries (D.-N.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Staatspartei durch Zuruf gewählt.

Abg. Jürgensen (Soz.) beantragt nunmehr, den in Haft befindlichen sozialdemokratischen Abgeordneten Kleinspehn sofort aus der Haft zu entlassen und das gegen ihn eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode des Landtages einzustellen. (Zuruf bei den Natsoz.: Das könnte euch so passen!) Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Staatspartei und des Zentrums wird die Haftentlassung Kleinspehns abgelehnt.

Nach den Wahlen nahm der Landtag die neue Geschäftsordnung an und billigte die Einsetzung der Ausschüsse. Auf Vorschlag des Abg. Kube (Natsoz.) nahm der Landtag folgenden Antrag der Nationalsozialisten an:

Der Landtag nimmt von der durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum 6. Februar 1933 ausgesprochenen Absetzung der sogenannten preußischen Hoheitsregierung Kenntnis und billigt sie. Der Landtag erklärt sich, indem er sich die demnächstige Wahl eines Ministerpräsidenten vorbehält, mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte durch die vom Reichspräsidenten eingesetzten Reichskommissare einverstanden.

Der erste Satz wurde gegen Sozialdemokraten und Zentrum, der zweite auch mit den Stimmen des Zentrums angenommen. Der Landtag ermächtigte den Präsidenten, Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen und ging mit Heilrufen auf den Führer Adolf Hitler auseinander. Man rechnet mit dem Wiederzusammentritt des Landtages für Anfang Mai.

Göring über die deutsch-russischen Beziehungen

Berlin, 22. März. Reichsminister Goering hatte dem Vertreter des Amsterdamer „Telegraaf" auf dessen Frage, wie es um die deutsch-russischen Beziehungen stehe, dem Blatt zufolge wörtlich erklärt: Unser Vertilgungsfeldzug gegen den Kommunismus in Deutschland hat mit den deutsch-russischen Beziehungen nichts zu tun. Ich bin fest davon überzeugt, daß sie ebenso freundschaftlich bleiben werden wie in den vergangenen Jahren. Es geht uns nichts an, was in Rußland geschieht, und es geht Rußland nichts an, was in Deutschland vorgeht.

Aus Moskau wird dazu gemeldet: Die russischen politischen Kreise haben mit großem Interesse die Erklärung des Reichsministers Goering entgegengenommen. Diese Erklärung wird als erster Schritt zur Entspannung der deutsch-russischen Beziehungen ausgelegt. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Ländern bald wieder in normalen Bahnen bewegen wird.

Wienbeck zum Reichskommissar ernannt

Berlin, 22. März. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wienbeck zum Reichskommissar für Handel und Gewerbe ernannt worden. Er übernimmt dabei das Amt eines Ministerialdirektors im preußischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.